

KLARTEXT

I
N
B
L
A
U

BRIGITTENAU

AUFSTEHEN FÜR ÖSTERREICH
„DEINE HEIMAT
braucht
DICH JETZT“
NORBERT ~~HÖ~~FER
Präsidentschaftskandidat

- NEIN, wir wollen DAS nicht schaffen! (Seite 2)
- Grüner Wählerbetrug geht weiter! (Seite 2)
- Drogenhandel außer Kontrolle! (Seite 3)
- Das Weltkulturerbe verspielt! (Seite 4)
- Stören als Ziel! (Seite 5)
- Obdachlose im Schulgarten! (Seite 6)
- „Problemhaus“ Kontrollen ohne Folgen! (Seite 7)
- Messerstecherei vor Jugendzentrum BASE20 (Seite 8)
- Flüchtlinge in der Brigittenau! (Seite 9)
- Ärztenotdienst oder Berufsrettung? (Seite 10)
- Flüchtlinge im Wartezimmer! (Seite 10)
- Die bedauerlichen „Einzelfälle“! (Seite 11)
- HC Strache bei den Senioren in der Brigittenau! (Seite 12)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

NEIN, wir wollen DAS nicht schaffen!



Am 31.08.2015 sagte die deutsche Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz drei unscheinbare Worte und löste damit eine Völkerwanderung aus, die Europa nachhaltig verändern wird. „Wir schaffen das!“

Die Einladung galt syrischen Kriegsflüchtlingen, die in Deutschland eine neue Heimat finden und als qualifizierte und gebildete Arbeitskräfte den deutschen Arbeitsmarkt bereichern sollten. Gekommen sind Großteils keine Syrer, sondern ungebildete, gewaltbereite junge Männer aus Nordafrika oder Vorderasien, teils Analphabeten mit einem hohen Testosteronspiegel und der einzig wahren Religion im Reisegepäck, dem Islam. Viele sind nach Österreich gekommen und wollen leider auch bleiben.

„I Love Germany“ oder „Thank you, Mama Merkel“ sind auf Zettel gekritzelt Botschaften die Medien verbreiten und die Dankbarkeit der neuen Bürger zeigen sollen. Viele kommen aber mit finsterem Blick, ins Gesicht gezogenen Kapuzen oder hochgezogenen Schals, mit dem Ziel unkontrolliert und illegal nach Europa, nach Österreich und Deutschland zu kommen. Die mitgeführten Smartphones dienen als GPS-Wanderkarte, um sich in den jeweiligen Ländern zurecht zu finden. Viele kommen als Terroristen, Dschihadisten, Extremisten oder Armutsflüchtlinge mit einer Phantasie-Identität in unser Land. Der Terror - als Krieg gegen die Zivilbevölkerung - hat in Europa Einzug gehalten und ist in Österreich zu einer akuten Gefahr geworden.

Skandalöse politische Kurzsicht!

Kanzler Faymann, als einer der Protagonisten der „Willkommenskultur“ hat mit seiner 180-Grad-Wendung in der Grenzkontrollfrage seine politische Kurzsichtigkeit offengelegt. Hat er sich getäuscht? Nein, denn als „Linker“ hat er dazu nur seine offizielle Haltung aber nicht seine persönliche Einstellung geändert. Mit Doskozil wurde die politische Notbremse gezogen, um Faymann vor der Ablöse zu bewahren. Der Verteidigungsminister hat den Unmut und die Angst in der Bevölkerung vor den illegalen Einwanderern erkannt und weiß, dass von der Regierung ein entschiedenes Vorgehen gegen illegalen Grenzübertritt erwartet wird. Auch Justizminister Brandstetter hat klar gemacht, dass Österreich keinen einzigen Völkerwanderer aufnehmen müsste.

Österreich als unser Heimatland schützen!

Wir Freiheitliche wollen diesen Ansturm ungebeter Völkerwanderer, die direkt in unser Sozialsystem wandern, gar nicht schaffen. Diese Menschen wollen ihre Lebenssituation verbessern und verlassen ihre Länder und Kontinente. Die Kosten für Grundversorgung und Mindestsicherung gehen zu Lasten der heimischen Bevölkerung. Es gibt keine Arbeit für diese Menschen und sie werden daher in den meisten Fällen auch nie selbst für sich sorgen können.

Wir als FPÖ stehen der eigenen Bevölkerung zur Seite und werden versuchen, unfähige politische Verantwortliche a la Faymann zu blockieren, wenn sie gegen das eigene Volk regieren. Denn ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung erwartet von uns, dass wir Ihre Anliegen vertreten und nicht die von illegalen Einwanderern!

Meint Ihr Labg. GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Grüner Wählerbetrug geht weiter!



Am 24. April – und wahrscheinlich in einem 2. Wahlgang dann endgültig am 22. Mai 2016 - wird in Österreich ein neuer Bundespräsident gewählt. Von den im Nationalrat vertretenen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ wurde mit Rudolf Hundstorfer, Andreas Khol und Norbert Hofer jeweils ein Kandidat nominiert. Keinen Kandidaten stellen die NEOS (diese unterstützen allerdings Irmgard Griss), das bereits fast völlig zerfallene Team Stronach und ... die Grünen. Die legen es nämlich auf den nächsten Wählerbetrug an!

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Wiener Gemeinderatswahl im Jahre 2010. Da trat der ehemalige Grüne Bundessprecher Van der Bellen an unwählbarer 29. Stelle der Landesliste der Wiener Grünen an und warb intensiv um Vorzugsstimmen. Obwohl ihm die nötige Anzahl an Wählerinnen und Wählern ihr Vertrauen schenkte, scheute er sofort nach der Wahl nicht davor zurück, dieses zu missbrauchen und blieb weiterhin Nationalratsabgeordneter. Quasi als Trostpflaster für diesen Wählerbetrug verschaffte ihm die rot-grüne Stadtregierung dann noch das Amt eines Beauftragten der Stadt Wien für Universitäten und Forschung mit einem Budget von 210.000 Euro jährlich!

5 Jahre später, bei der Wiener Gemeinderatswahl 2015, trat dann die Grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou in die Wählerbetrugs-Fußtapfen Van der Bellens. Großspurig erklärte sie zu Wahlkampfbeginn „Ich bin die einzige Politikerin, die bei dieser Frage nicht schwafelt. Sollte es bei der Wahl zu Verlusten kommen, erkläre ich mich bereit, meinen Platz zu räumen.“ Kaum stand jedoch der Verlust von 0,8 % der Stimmen und 1 Mandat fest, war wieder alles anders, keine Rede mehr von Rücktritt. „Ihre Ankündigung sei sicherlich keine Glanzleistung gewesen“, aber: „Nobody is perfect“, pflanzte sie ihre betrogenen Wähler.

Und nun, nicht einmal ein halbes Jahr später, tritt neuerlich Herr Van der Bellen zum großen Wählerbetrug an. Sich nach 11 Jahren als Grüner Bundessprecher, 22 Jahren als Grüner Mandatar, davon 10 Jahre Klubobmann der Grünen im Nationalrat, „unabhängiger“ Kandidat zu nennen, kann man wohl - um die Diktion des Wiener Bürgermeisters zu verwenden – nur mehr als Verarschung bezeichnen.

Dass sich dieser neuerliche Versuch eines Wählerbetruges nicht lohnt, können Sie, liebe Brigittenauerin, lieber Brigittenauer, mit einer Stimme für Norbert Hofer jedoch verhindern, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2016

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: FPÖ; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Drogenhandel in Wien außer Kontrolle!

Verfälschte Gesetzesänderung und der untaugliche Versuch einer Reparatur!

Bild: Internet



Wenn der Gesetzgeber über seine eigenen Entscheidungen jammert, der Drogenkoordinator der Stadt Wien nach rechtlichen Bestimmungen gegen die Invasion an Drogendealern ruft, die Polizei im Kampf vor diesen Verbrechern kapitulieren muss und der Souverän, das Volk, von der Regierung ein entschiedenes Vorgehen gegen die Suchtgiftszene einfordert, dann liegt Versagen auf höchstem Niveau in der Luft. Stümperhaft, verfälscht oder unüberlegt, anders ist die Regierungsarbeit von SPÖ und ÖVP nicht zu bezeichnen.

Mit dem Strafrechtsänderungsgesetz 2015 wurde eine Rechtsnorm so entschärft, dass Straftäter nur mehr bei besonderer Qualifizierung der Tatbegehung in Untersuchungshaft genommen werden können. Warnungen der Polizei, dass diese Änderung eine massive Behinderung bei der Kriminalitätsbekämpfung mit sich bringen wird, blieben unbeachtet und die Novelle wurde durchgesetzt. Allen voran war es die SPÖ mit ihrem Justizsprecher Dr. Johannes Jarolim, die eine Änderung der Definition bei der „Gewerbsmäßigkeit“ angestrebt hatte. Der Anstoß für dieses Bestreben lag darin, dass Ladendiebe und davon überdurchschnittlich viele Flüchtlinge und EU-Migranten, wegen Gewerbsmäßigkeit in U-Haft genommen wurden. Und diese Schützlinge der Willkommenskultur musste man doch vor Repressionen des Staates schützen.

Dass damit aber Drogendealer, die sich meist ebenfalls aus der Masse der

Schutzsuchenden rekrutieren, vor U-Haft verschont sind, haben oder wollten SPÖ und ÖVP übersehen, denn sie haben dem Gesetz, wie auch die NEOS, zugestimmt.

Seit Jahresbeginn gilt die neue Definition der Gewerbsmäßigkeit und seither ist der Drogenhandel entlang der U6 sowie am Praterstern praktisch außer Kontrolle geraten.

Nun will der Gesetzgeber mit einem neuen Delikt im Suchtmittelgesetz die Lage wieder in den Griff bekommen. Die Strafbarkeit von „Dealen im öffentlichen Raum“ ist der hilflose Versuch die Folgen einer vermurksten Gesetzesänderung zu entschärfen, verbunden mit der Erwartung an die Justiz, dass Dealer wieder in Untersuchungshaft genommen werden. Denn nur wenn Suchtgift-Händler inhaftiert werden, verschwinden sie auch aus dem Straßenbild.

Dieser neue Passus im Suchtmittelgesetz ist aber genauso unausgegoren, wie die Änderung bei der Gewerbsmäßigkeit. Es gab nicht einmal ein Begutachtungsverfahren und somit auch keine Expertenmeinungen, die den Willensbildungsprozess der Abgeordneten bei der Gesetzgebung unterstützen hätten können.

Nicht die Art der Begehung, sondern der Ort der Tat ist strafverschärfend

Das Dealen im öffentlichen Raum wird ein eigenes Delikt und stärker bestraft als Dealen im nichtöffentlichen Raum. Das heißt nichts anderes als: „Liebe Drogendealer, sucht euch doch einen anderen Platz für euer todbringendes Geschäft, als den öffentlichen Raum!“

Die Begründung für die absurde Formulierung liegt auf der Hand, denn viele der sogenannten „Streerunner“ verkaufen in „Baggy“ portioniertes Cannabiskraut und versorgen damit die Kifferszene. Diese immer größer werdende Anzahl an Dealern, die oft in Flüchtlingsunterkünften angeworben werden, sind es auch, die äußerst aggressiv ihre Drogen anbieten, da sie zu wenige Käufer finden.

Dieses neue Delikt zeigt aber auch die politische Haltung der Regierungsparteien zu Cannabiserwerb und Cannabiskonsum. Im Wissen, dass mehr mit Cannabis gedealt wird, geht es nicht

vorrangig um den Handel, sondern um den Ort wo er passiert. Es wird auch der vorschriftswidrige Suchtgift-Handel an öffentlichen Plätzen angeführt. Die Frage stellt sich, wer vorschriftsmäßig mit Suchtgift an öffentlichen Orten handeln darf?

Dass diese Gesetzesänderung keine dauerhafte Verbesserung mit sich bringen wird, ist sich sogar Justizminister Brandstetter sicher.

Die FPÖ fordert daher, dass die Bewertung einer gewerbsmäßig begangenen Straftat wieder über die Art und Weise der Begehung einer Tat definiert wird und nicht über die Häufigkeit innerhalb eines Jahres und die Höhe der Schadenssumme.

Gesetzestext:

§ 27/2a Suchtmittelgesetz

„Mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren ist zu bestrafen, wer vorschriftswidrig in einem öffentlichen Verkehrsmittel, in einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Anlage, auf einer öffentlichen Verkehrsfläche, in einem öffentlichen Gebäude oder sonst an einem allgemein zugänglichen Ort öffentlich oder unter Umständen, unter denen sein Verhalten geeignet ist, durch unmittelbare Wahrnehmung berechtigtes Ärgernis zu erregen, Suchtgift einem anderen gegen Entgelt anbietet, überlässt oder verschafft.“

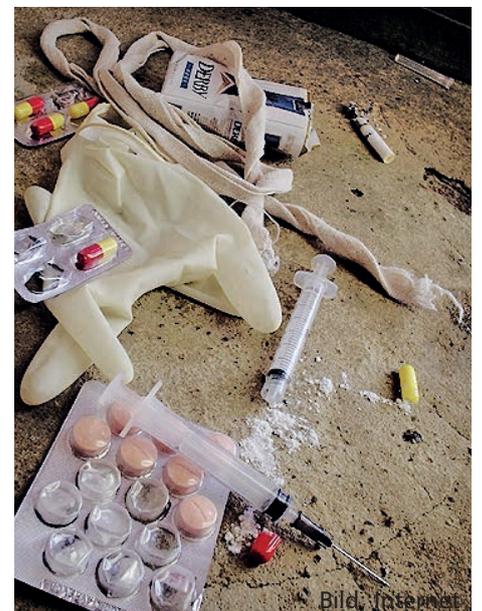


Bild: Internet



Bild: Internet

Wien im Jahr 2016: Das Weltkulturerbe leichtfertig verspielt, dafür kommen Barrackensiedlungen für Flüchtlinge

Die Kulturstadt Wien lebt nicht zuletzt von ihrem historischen Erbe, das unsere Vorfahren in vielen Jahrhunderten geschaffen haben und als dessen Treuhänder wir fungieren (sollten). So genießt unsere Innenstadt den Status eines „Weltkulturerbes“, der von der UNESCO verliehen und dessen Erhalt laufend kontrolliert wird. Bauprojekte in den sensiblen innerstädtischen Zonen können zum Entzug dieses für den Städtetourismus so wichtigen Titels führen, die UNESCO ist da nicht zimperlich. Aktuell gefährdet ein von der rot-grünen Stadtregierung unterstütztes Megaprojekt am Gelände des Eislaufvereins diesen Titel gewaltig. Ein Turm mit Luxuswohnungen soll den Blick in die Innenstadt verstellen, für den Luxus einiger Reicher ist die Stadt offenbar bereit, nachhaltigen Schaden für uns alle, aber auch für den Städtetourismus in Kauf zu nehmen.

Die Wiener FPÖ wird sich mit allen Mitteln gegen die Verschandelung unserer Innenstadt wehren!

Flüchtlingsbarracken auf der Donauinsel? Die neue Bauordnung macht es möglich

Auf einer anderen Ebene zeigt sich ebenfalls, dass der Rechtsstaat in manchen Bereichen abdankt: Die rot-grüne „Willkommenslobby“ will die Wiener Bauordnung für die Schaffung „temporärer“ Flüchtlingsunterkünften aushebeln. Container und Barracken können nahezu überall aufgestellt werden, etwa in Parks oder auf der Donauinsel, über die Nachbarn kann einfach drübergefahren werden. Die

Stadt Wien bereitet den juristischen Boden auf, um am Ende Grundstücke und Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen zu enteignen.

Doch der Reihe nach: Der Bund und jetzt auch die Stadt Wien zeigen uns Bürgern gegenüber ihr wahres Gesicht. Angefangen hat alles mit dem sog. Durchgriffsrecht des Bundes. Der Bund kann zur Unterbringung von Fremden über die Gemeinden drüberfahren und Unterkünfte ohne Rücksicht auf Bauvorschriften und Anrainerrechte schaffen. Der Rechtsstaat, der den eigenen Bürgern gegenüber immer repressiver und bürokratischer wird (Stichwort: Registrierkassa, Allergenverordnung, Bauvorschriften etc), wird – soferne es um Flüchtlinge geht – bei Seite geschoben. Die Stadt will sich an ihre eigenen Vorschriften nicht mehr halten, genauso wie die Bundesregierung monatelang die Gesetze zum Schutz unserer Grenzen nicht eingehalten hat. Die Grenzen wurden monatelang nicht mehr kontrolliert, niemand weiß und wusste, wer

bei uns ein- und ausgeht. Über hunderttausend Menschen kamen und bleiben nun in Österreich, sie brauchen nicht zuletzt auch für die nachkommenden Familienmitglieder Quartiere, die einfach nicht vorhanden sind. Es fehlt ja dramatisch an leistbarem Wohnraum für die hiesige Bevölkerung.

Anrainer werden entrechtet: Kein Rechtsschutz vor Containern und Barracken

Nunmehr soll die Wiener Bauordnung im kurzen Wege novelliert werden und diese Änderung hat es in sich. Sollen Flüchtlinge in ungeeigneten Gebäuden untergebracht werden, müssen auf einmal weder die Bauordnung noch der Flächenwidmungsplan eingehalten werden. Selbst Zu- und Neubauten benötigen vorerst keine Baubewilligung! Sollen diese Unterkünfte länger als 6 Monate genutzt werden – davon ist aufgrund der ungehinderten weiteren Zuwanderung als Regelfall auszugehen - reicht ein stark abgekürz-

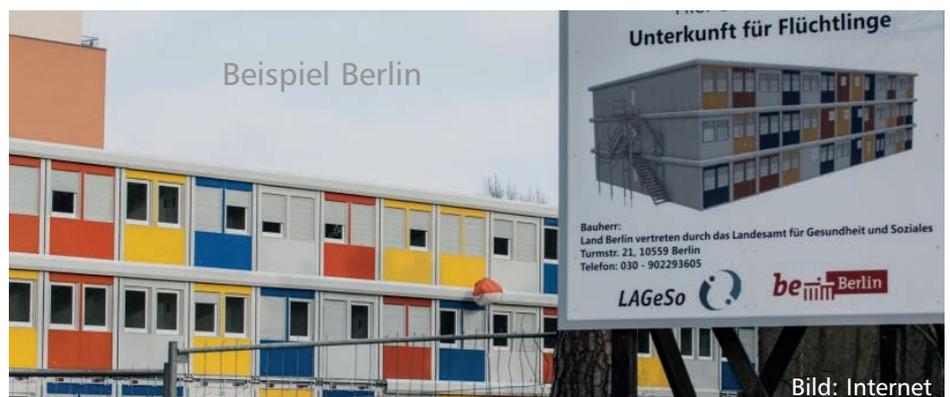


Bild: Internet

tes Verfahren. In diesem Verfahren muss auf die Widmung nicht geachtet werden, da (Originalzitat): „Die Herstellung des rechtmäßigen Zustandes zu lange dauern würde...“ Der Staat, der alles ins Kleinste regelt und Bürger und Unternehmer mit einer Gesetzesflut drangsaliert, kommt auf einmal drauf, dass die Verfahren lange dauern.

Und die Anrainer, die von solchen Quartieren unmittelbar betroffen sind? Die werden in ihren (Grund-)Rechten beschnitten und minimalisiert. Es heißt so schön: „Die Verletzung subjektiv-öffentlicher Nachbarschaftsrechte steht einer Bewilligung nicht entgegen.“ Mit anderen Worten: Auf die Anrainer wird gepfiffen!! Um ganz auf Nummer sicher zu gehen, wird festgehalten, dass Beschwerden keine aufschiebende Wirkung haben. Das heißt, sie bewirken rein gar nichts.

Die rot-grünen Enteigner und Drüberfahrer legen in der Begründung für diesen unfassbaren Eingriff in die Rechte der Bürger schon gleich die Argumentation für noch weitergehende Eingriffe. Es wird lapidar darauf hingewiesen, dass das Interesse an einer raschen Unterbringung andere Interessen (nämlich jene an der Einhaltung der allgemeinen Vorschriften und der Nachbarrechte) überwiegen. So einfach macht sich das die rot-grüne Regierung: Die verfassungsrechtlich gebotene Interessenabwägung, die in letzter Konsequenz der Verfassungsgerichtshof vorzunehmen hat, wird in einem flapsigen Halbsatz gleich apodiktisch vorweggenommen. An sich logisch: wer hunderttausende Wirtschaftsflüchtlinge ungehindert willkommen heißt, darf bei der Schaffung von Wohnraum nicht zimper-

lich sein. Schließlich wurde ja den Einwanderern Häuser (und Autos) versprochen. Es ist leider traurige Gewissheit, dass dieses Gesetz nicht die letzte Zumutung für uns steuerzahlende und rechts-treue Österreicher sein wird.

FPÖ wird Gesetz anfechten

Die Wiener FPÖ hat mit allen uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln (Absetzungsantrag, Redemarathon im Wiener Landtag, Verhinderung der zweiten Lesung) die Beschlussfassung zu verhindern versucht. Wir wurden am Ende überstimmt. Es bleibt jedoch der Weg zum Verfassungsgerichtshof, um diesen Anschlag auf die Bürgerrechte und den Rechtsstaat zu verhindern. Wir hoffen auf die unabhängige Justiz!

LABg Dr.Wolfgang Aigner



Stören als Ziel!

Die Sozialistische Links Partei (SLP), das sind jene Damen und Herren, die es sich zur Aufgabe gemacht haben ihre Mitmenschen mit Aktionismus zu belästigen oder Sachen zu zerstören. Die Welt ist für sie in Ordnung, wenn

sie in ein Megaphon plärren und Transparente schwingen können.

Nicht nur regelmäßige Störaktionen bei FPÖ-Veranstaltungen gehören zu ihrem Betätigungsfeld, sondern auch das Beschädigen unsere Wahl-Plakat-Ständer.

Bei der Wien-Wahl konnten zwei Herren auf frischer Tat betreten und zur Anzeige gebracht werden.

Am 8 März, zum Welt-Frauen-Tag, marschierte ein überschaubares Grüppchen als ein von der Polizei begleitetes Verkehrshindernis von der Brigittenau in die Leopoldstadt.

Und wieder war ihr Ziel den Verkehr zu stören.



Bild: Sehner



BfId: Grausam

„Schulgarten“ von Obdachlosen in Beschlag genommen!

Auf der Anton Schmid-Promenade am linken Donaukanalufer befindet sich Höhe Gerhardusgasse ein sogenannter Schulgemeinschaftsgarten, der Schulkindern aus dem Bezirk die Möglichkeit bietet ein Blumen- oder Gemüsebeet zu betreiben oder zu gestalten. 2014 wurde das „Brigittenauer Schulgart 1“ eröffnet. Auf der ca. 80 m² großen Fläche, die mit einem ca. 1,30 Meter hohen Zaun eingefriedet ist, befindet sich auch eine Gerätehütte.

Seit dem Spätsommer letzten Jahres wurde der überdachte Vorplatz dieser Hütte jedoch von ausländischen Obdachlosen als Unterkunft genutzt. Ungeniert wurden mehrere Matratzen samt Dec-

ken ausgelegt. An der Wand hängende Plastik-Einkaufssäcke mit persönlichen Habseligkeiten, sowie diverse Flaschen mit alkoholischen Getränken, zeugen von einer dauerhaften Inanspruchnahme der eingezäunten Liegenschaft.

Die FPÖ-Brigittenau forderte daher den Bezirksvorsteher im Februar 2016 zu einer Stellungnahme auf und wollte auch wissen, ob nicht ein Straftatbestand verwirklicht wurde, zumal das „Schulgart 1“ eingefriedet ist. In der Anfragebeantwortung im Bezirksparlament zeigte sich der Bezirksvorsteher wissend und kündigte an, dass nach einem Gespräch mit den Obdachlosen vereinbart wurde, dass diese ab April

2016 die Liegenschaft wieder verlassen werden, um einen ungehinderten Schulgarten zu garantieren. Zum Thema Straftatbestand gab sich BV Derfler, der Wiener Willkommenskultur entsprechend, achselzuckend zurückhaltend und verständnisvoll.

Uns Freiheitlichen ist bewusst, dass die zig-tausend illegal nach Österreich gekommen Menschen irgendwo Unterschlupf suchen. Aber wer widerrechtlich Zäune überwindet und Objekte okkupiert, muss Sanktionen erwarten. Einfach wegzuschauen und untätig zu bleiben ist nicht nur ein Skandal, sondern hebt den Rechtsstaat aus.

BR Erika Landegger, BR Zoltan Player

„Problemhaus“ Kontrollen ohne Folgen!

Bilder: Kopschar



Das Wohnhaus Brigittagasse 15 / Ecke Dammsstraße befindet sich seit vielen Jahren in einem sehr desolaten Zustand und führt daher die Liste der Brigitte-nauer „Problemhäuser“ an.

Immer wieder wird durch Beschwerden und übermittelten Fotos auf erhebliche Mängel und Gefahrenstellen hingewiesen. So sind freiliegende Kabel, zerbrochene oder fehlende Fensterscheiben, Sperrmüllablagerungen im Hof, aufgebrochene Postkästen und eine nicht versperrbare Hauseingangstür Zeugen einer fortschreitenden Verwahrlosung eines bewohnten Objektes.



de tatsächlich beseitigt wurden, zeigte sich Bezirksvorsteher Derfler unwissend. So wie das Objekt derzeit aussieht, ist zu befürchten, dass, wenn überhaupt, nur das Notwendigste behoben wurde. Welchen Sinn Auflagen und Fristen haben sollen, wenn die zuständige Behörde dies weder überprüft noch sanktioniert, bleibt offen.

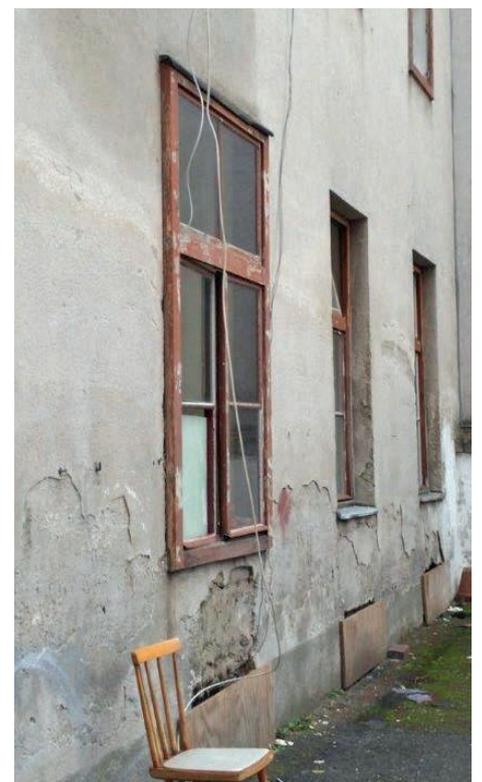
BR Mag. Birgit Kopschar



In der Februar-Sitzung der Bezirksvertretung wurde der Bezirksvorsteher von uns Freiheitlichen mit dem Zustand konfrontiert und um Auskunft über die aktuelle Lage des Problemhauses ersucht. Dabei berichtete Derfler, dass in den letzten 5 Jahren baupolizeiliche Überprüfungen durchgeführt wurden.

Im Jahr 2012 wurden die elektrischen Anlagen im Haus bemängelt, 2014 wurden die schadhafte Fassade, fehlende Fenster, renovierungsbedürftige Rauchfangköpfe, fehlende Ziegel im Mauerwerk und desolaten Zustände im Stiegenhaus bekräftelt, und dementsprechende Fristen für die Beseitigung der Mängel gesetzt.

Darüber, ob die Einhaltung dieser Auflagen je überprüft und ob die Missstän-



Blutspuren nach Gewaltexzessen – die Zeichen einer gescheiterten Integration! Messerstecherei vor Jugendzentrum BASE20 als trauriges Beispiel!



Auffallend ruhig sind Sprecher von „Asyl in Not“, „SOS-Mitmensch“ und der gesamten „Refugees-Welcome-Lobby“ wenn ihre Lieblinge (Asylanten, Asylwerber oder Flüchtlinge) Amok laufen und durch Gewaltorgien Angst und Schrecken verbreiten. Wo sind ihre besorgten Statements zu den mittlerweile täglich von Medien berichteten Gewalttaten durch sogenannte „Schutzsuchende“?

Die Auswüchse der verfehlten Asyl- und Integrationspolitik werden mittlerweile in den zahlreichen eingetrockneten Blutlachen auf Gehsteigen und Hausmauern sichtbar und führen zu einem Unbehagen in der Bevölkerung.

Der Anfang März vor dem Jugendtreff Base20 stattgefundenen Gewaltexzess, bei dem mindestens 7 junge Männer durch Messerstiche und Schläge teils schwer verletzt wurden, ist vielleicht in seiner Heftigkeit ein Einzelfall, aber mittlerweile traurige Realität für die Konfliktbewältigung in Zuwandererkreisen. Der Einsatz von Messern oder Schusswaffen gilt dabei als normal und die Tötung eines Menschen wird in Kauf genommen.

Verletzte Ehre, Imponiergehabe, oder Territorialkämpfe sind nur einige der niederen Gründe, die zu brutalen Auseinandersetzungen führen können. Meist sind es Tschetschenen, Afghanen oder Nordafrikaner, die sich gnadenlos bekämpfen.

So ist auch erklärbar, warum es vor dem Jugendzentrum BASE 20 zu der Auseinandersetzung kam. Denn bereits vor mehr als einem Jahr beschwerten sich türkischstämmige Jugendliche, dass sie den Jugendtreff Base20 meiden müssten. Die Begründung waren tschetschenische Jugendliche, die sich aus ganz Wien und sogar Niederösterreich

dort versammeln würden und im Jugendklub das Sagen hätten. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter würden „wegsehen“ und nicht eingreifen, wenn es zu Ungerechtigkeiten kommt.

Nun hat offenbar eine zahlenmäßig bemerkenswert große afghanische Tätergruppe (ca. 50 Burschen und Männer) die tschetschenischen Burschen (8-10) an ihrem „Stützpunkt“ aufgesucht und zum Kampf gefordert. Die Art und Weise der Auseinandersetzung lässt auch den Schluss zu, dass die tschetschenische Gruppe in ihrem „territorialen Einflussbereich“ angegriffen werden sollte. Es ist auch bekannt, dass die Tschetschenen auf den afghanischen „Besuch“ gewartet haben, dass sie diesmal „Opfer“ waren lag an der afghanischen Übermacht.

Eine Woche davor war es anders, denn da schlugen vier selbsternannte tschetschenische „Sittenwächter und Scharia-Polizisten“ in der Millenniumcity zwei Männer spitalsreif.

Dieser Gewaltexzess unter Jugendlichen im Umfeld eines Vereines der

Wiener Jugendzentren zeigt auch eines deutlich auf, nämlich, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Stadt Wien absolut keinen Einfluss auf das Verhalten junger Zuwanderer haben, wenn diese ihr Männerbild verwirklichen wollen. Dass die anwesenden Sozialarbeiterinnen, eigenen Angaben zufolge, von dem drohenden Konflikt gar nichts bemerkt haben, wundert dabei niemanden.

Eine jahrelange Forderung der FPÖ ist es, dass Tschetschenen, die in Österreich Asyl erhalten haben, wieder in ihr Heimatland zurückkehren müssten, nachdem ihr Fluchtgrund nicht mehr gegeben ist. Dieses Verlangen wurde von allen anderen Parteien heftig kritisiert und als inakzeptabel zurückgewiesen. Nun werden diese „Schutzsuchenden“ aber zunehmend zum Sicherheitsproblem in Österreich, einige davon zogen sogar in den Dschihad. Auch bei Gewaltdelikten, wie aktuell bei Schutzgeld-erpressungen, sind Tschetschenen die Männer fürs Grobe. Und dass mit der Flüchtlingswelle die nächsten Brutalos ungebeten nach Österreich gekommen sind, führt nun zu einer explosiven Mischung in der Zuwanderergesellschaft, der die aktuelle Regierungspolitik in Bund und Land nichts entgegenzuhalten hat.

Unsere Forderung ist es daher, diesen Menschen den Aufenthalt in Österreich und speziell in Wien so unangenehm wie möglich zu machen, damit sie vielleicht wieder von selbst unser Land verlassen.

LABg. GR Gerhard Haslinger



Flüchtlinge in der Brigittenau

Bilder: Haslinger



In Gesprächen wollten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus der Brigittenau wissen, wie viele Flüchtlinge derzeit in der Brigittenau untergebracht sind. Wir Freiheitliche konfrontierten damit den Bezirksvorsteher in der Bezirksvertretung im Februar 2016 und stellten eine diesbezügliche Anfrage.

Dabei wurde bekannt, dass derzeit mehrere Familien mit rund 120 Perso-

nen und 60 unbegleitete Minderjährige in zwei größeren Quartieren in der Brigittenau untergebracht sind und von zwei Institutionen betreut werden. Rund 40 Personen wohnen in einer privaten Unterkunft.

In Wien sind derzeit rund 20.300 Asylwerber/Flüchtlinge untergebracht. 9.100 in Privatquartieren und 11.200 in von Institutionen betreuten Quartieren.

Der Bezirksvorsteher gab an, dass er keine Mitsprache bei neuen Quartieren zur Unterbringung von Asylwerbern hätte und vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Viele Brigittenauerinnen und Brigittenauer sind besorgt, verunsichert und wissen nicht, welche Veränderungen mit der Flüchtlingswelle noch auf sie zukommen.



Achtung, nicht jeder Rettungseinsatz ist kostenlos! Ärztendienst oder Berufsrettung?



Fast jeder von uns musste schon einmal wegen einer bedrohlichen gesundheitlichen Situation für sich oder einen Angehörigen die Dienste der Wiener Rettung (Notruf 144) in Anspruch nehmen. Obwohl die Wiener Rettung ihre Dienste mit den Krankenkassen verrechnet, können auch Selbstkosten anfallen, die den Patienten von der MA70 in Rechnung gestellt werden. Und dies kann bei manchen zu einem finanziellen Desaster führen.

Eine betroffene Bezirksbürgerin wandte sich mit einem solchen Anliegen an uns, und ortete einen Skandal. Doch was war passiert?

Aufgrund gesundheitlicher Probleme verständigte die Frau via Notruf den Rettungsdienst und schilderte auch kurz ihre Beschwerden. Nach ca. 10-15 Minuten trafen zwei Sanitäter der Wiener Ret-

tung bei ihr in der Wohnung ein und begannen mit der Untersuchung. Kurze Zeit später war diese beendet und die Sanitäter beließen die Patientin in ihrer Wohnung, abschließend bestätigte sie mit ihrer Unterschrift auf einem Palmtop-Computer (ähnlich jenen von Zustelldiensten) den Einsatz. Die Dame war froh, dass sie nicht ins Spital eingeliefert werden musste.

Nach ungefähr 6 Monaten erhielt die Patientin eine Rechnung der MA70, in welcher darauf hingewiesen wurde, dass die Krankenkasse den Rettungseinsatz nicht bezahlt und somit die Kosten in Höhe von € 676,- von ihr getragen werden müssen. Begründet wurde das Kostenverlangen mit der Nichteinweisung in ein Spital, wobei dies mittels Unterschrift (Revers) bestätigt wurde.

Die Beschwerdeführerin bemängelte,

sie sei nicht ordentlich darüber aufgeklärt worden, dass sie mit der Unterschrift auch die Kosten übernehmen würde.

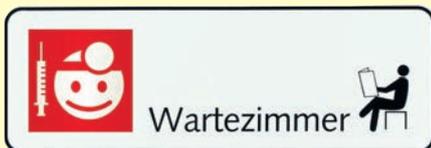
Von uns wurden die MA70 und die Transportabteilung der WGKK/Zentrale kontaktiert. Auch eine Bescheinigung des Arztes über den damaligen Gesundheitszustand wurde eingeholt. Mit diesen Unterlagen wurde die Krankenkasse nochmals konfrontiert, und die Notwendigkeit des Rettungseinsatzes erläutert. Von der Krankenkasse wurden die Kosten dann freundlicher Weise übernommen.

Daher unsere dringende Empfehlung:

Wenn kein akuter Notfall vorliegt, bitte den Ärztfunkdienst Rufnummer 141, kontaktieren.

Sie sprechen mit einem Arzt oder einer Ärztin, der/die aufgrund seines/ihrer Fachwissens und den angegebenen gesundheitlichen Einschränkungen/Schmerzen beurteilt, ob der Ärztenotdienst, die Rettung oder vielleicht sogar ein Notarzt entsendet wird.

BR Gertrude Tickert



Es ist nicht der Arzt Dr. Thomas UNDEN allein der keine Flüchtlinge mehr behandeln möchte, er ist nur der Erste, der sich öffentlich dazu geäußert hat!

Auch in der Brigittenau haben manche Ärzte mit den „neuen Patienten“ ihre Probleme. So kommt es nicht selten vor, dass die vorlegte E-Card wegen Diebstahl, Verlust oder sonstigem Missbrauch gesperrt ist. Wenn die „Pa-

Flüchtlinge im Wartezimmer!

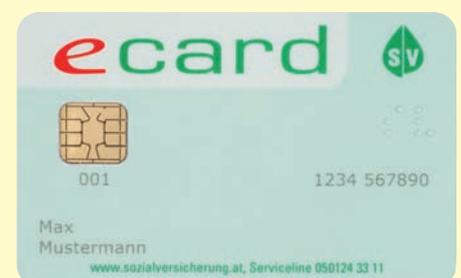
tienten“ zur Ausweisleistung zwecks Identitätsfeststellung aufgefordert werden, dann kann es schon zu Randalen kommen.

Unlängst kam es in einer Arztpraxis am Friedrich-Engels-Platz sogar zu einer Bedrohung mit einer Axt. Ein Flüchtling fühlte sich ungerecht behandelt und wollte seinen Forderungen damit Nachdruck verleihen.

Verständigungsschwierigkeiten, unzählige Begleitpersonen und eine falsche Erwartungshaltung sorgen in den Wartezimmern zunehmend für ein angespanntes Klima, dass einige Ärzte

ihren Sprechstundenhelferinnen nicht mehr länger zumuten wollen, und sogar schon über Wachdienste laut nachdenken.

BR Wolfgang Sehner



Die bedauerlichen „Einzelfälle“

Seit einem halben Jahr läuft nun die Flutung Mitteleuropas mit angeblichen syrischen Kriegsflüchtlingen, die nur zum Teil Syrer, sehr oft Iraker, Afghanen, Pakistaner... sind. Abgesehen davon, daß Krieg laut aktuellem Rechtsgutachten kein Asylgrund ist, und Österreich ohnedies nur von „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist, stellt sich die Frage wer was bezweckt, mit der dauerhaften Veränderung des Antlitzes Mitteleuropas.

Solange es darauf keine plausible Antwort gibt – Frau Merkel ist ja „nur“ Betreiberin, nicht aber unmittelbare Profiteurin der Invasion – muß man sich auf Zahlen beschränken. Die Zahl jener, die kommen – und die bis heute nur geschätzt werden kann, weil trotz Alibi-Höchstgrenzen unverändert durchgewinkt wird, wer in Grenznähe auf-



Bilder: Internet



Sendung: Tagesschau 14.03.2016, 20:00h

taucht. Oder die Zahl jener, die kommen, um ihren kriminellen Neigungen nachzugehen oder den „Ungläubigen“ zu demonstrieren was es heißt mit moslemischen Sitten und Gebräuchen konfrontiert zu werden.

Ob Vergewaltigungen, sexuelle Belästigungen oder Raubüberfälle, die von

den Massenmedien als bedauerliche „Einzelfälle“ verharmlosten Gewalttaten haben längst epidemisches Ausmaß angenommen. Wer aber zeigt sich solidarisch mit den unschuldigen Opfern, die von Medien- wie Behördenseite ignoriert bis totgeschwiegen werden?

In Österreich vor allem die FPÖ!



Wenn diese aber, wie am 14. März, zu einer Großkundgebung gegen die weiterhin unregelmäßige Massenzuwanderung aufruft, finden sich von Seiten der Kirchen... keine Unterstützer für die Solidarisierung mit den Opfern. Stattdessen solidarisiert man sich mit dem anonymen Flüchtling, der hunderttau-



sendfach als „Schutzsuchender“ zu uns kommt, sich teilweise vortrefflich benimmt, sich teilweise aber wie der sprichwörtliche Rotz am Ärmel gebärdet.

Es ist also nicht nur zu hinterfragen, wer den Bevölkerungsaustausch in Mittel- und teilweise Nordeuropa anzettelt und mit welchem konkreten Ziel. Es ist auch zu hinterfragen welchen Wert Kirchen und Nichtregierungsorganisationen für eine Gesellschaft haben, die sich einer ersten Bedrohung ihrer Zukunft gegenüber sieht und bei der Gegenwehr von den genannten Organisationen nach Kräften behindert wird.

Die FPÖ wird diesen Fragen im Interesse der Österreicher weiterhin nachgehen.

HC Strache beim Jubiläumsstammtisch der Brigittenauer Senioren!

Bilder: Landegger



Am 2. März 2016 stattete Bundes- und Landesparteiobmann HC Strache der Brigittenauer Seniorenrunde einen Besuch ab. Mit einem Impulsreferat begeisterte er die rund 130 Besucherinnen und Besucher und erntete tosenden Applaus. Der Besuch von HC zeigt seine Wertschätzung gegenüber den Senioren, die er weiterhin um tatkräftige Unterstützung ersuchte.

Die Freiheitlichen Senioren Brigittenau werden seit über einem Jahr von unserer Bezirksrätin Karin Lenz bestens betreut. Sie organisiert regelmäßig Ausflüge und Veranstaltungen, die von immer mehr Junggebliebenen gerne angenommen werden.



Ring Freiheitlicher Jugend RFJ 2/20

Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter

0664 8851 77 70

franz.lindenbauer@fpoe-wien.at



Liebe Brigittenauerinnen, Liebe Brigittenauer,

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66

E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at

Zustelladresse: